

RECHTSDEUTSCH I

Überblick über das Staatsorganisationsrecht

WIEDERHOLUNG:
ZUORDNUNG VON
RECHTSGEBIETEN ZUM
ÖFFENTLICHEN RECHT
UND PRIVATRECHT

Umweltrecht - Familienrecht - Baurecht – Zivilprozessrecht - Sachenrecht - Polizeirecht – Strafrecht – Schuldrecht - Verfassungsrecht – Kreditsicherungsrecht - Allgemeines Verwaltungsrecht – Steuerrecht – Individualarbeitsrecht – Gesellschaftsrecht – Strafprozessrecht - Erbrecht – Europäisches Unionsrecht – Handelsrecht

[illegible][illegible]

A detailed historical illustration of a large, ornate assembly hall, likely the Reichstag in Berlin during the 19th century. The room features a high, vaulted ceiling with decorative moldings and a series of tall, fluted columns. A large crowd of men, dressed in formal attire of the era, are seated in rows of desks, facing towards the front of the hall. Some individuals are standing, and the overall atmosphere suggests a significant political or legislative gathering. The lighting is warm, highlighting the architectural details and the density of the assembly.

VERFASSUNGSGESCHICHTE

DER WEG ZUM GRUNDGESETZ

1848: Paulskirchenverfassung

1871: Reichsverfassung

1919: Weimarer Reichsverfassung

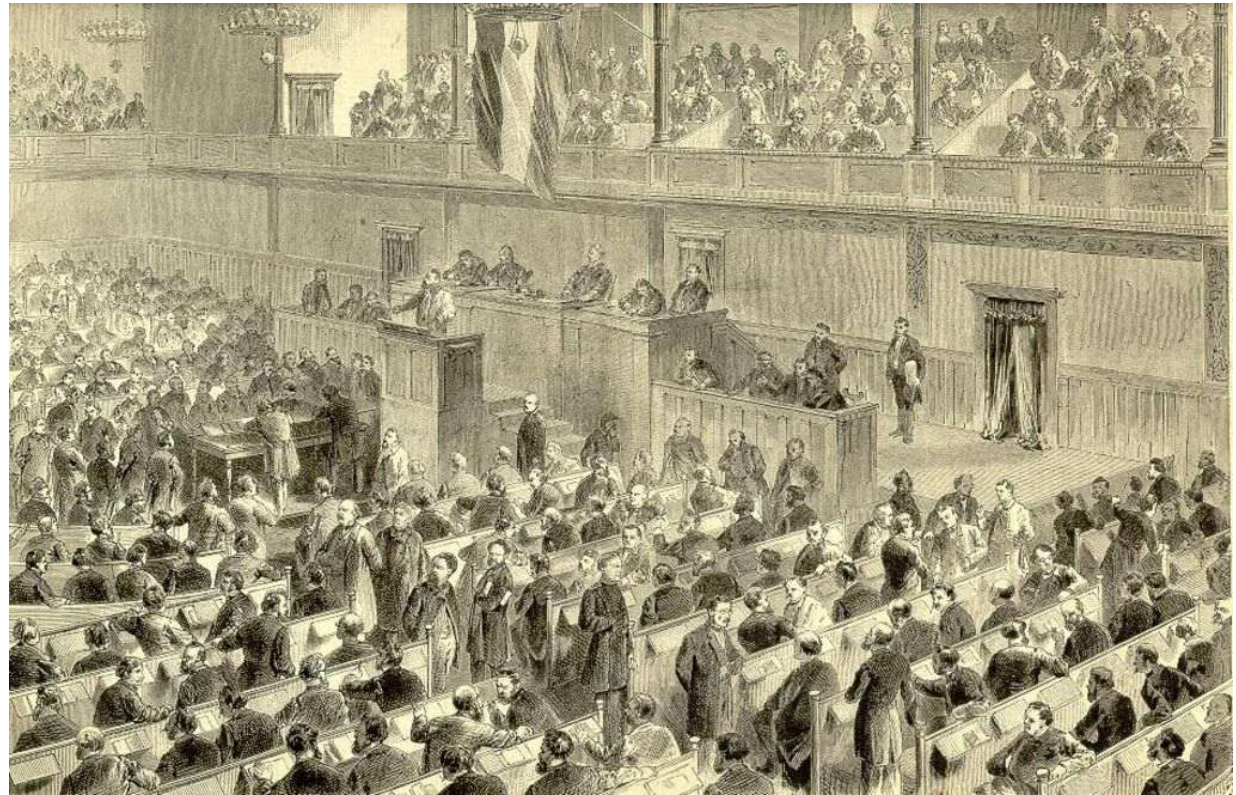
1948/1949: Herrenchiemseer
Verfassungskonvent und Parlamentarischer Rat

23.05.1949: Inkrafttreten des Grundgesetzes

1848:
PAULSKIR
CHENVER
FASSUNG



1871:
REICHsverfassung



Die Verfassung



des
Deutschen Reichs

1919: WEIMARER REICHsverfassung

DER WEG ZUM GRUNDGESETZ

I

Ausgangslage: Besatzungszone der
alliierten Mächte USA,
Großbritannien und Frankreich

2

„Frankfurter Dokumente“ 1948:
Aufforderung zur Einberufung einer
verfassungsgebenden Versammlung



1948/1949: HERRENCHIEMSEER
VERFASSUNGSKONVENT UND
PARLAMENTARISCHER RAT

1948/1949: HERRENCHEMSEER VERFASSUNGSKONVENT UND PARLAMENTARISCHER RAT

- 10.-23.08.1948: Herrenchieser Verfassungskonvent
 - Sachverständigenrat mit dem Auftrag, einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten, der dem Parlamentarischen Rat als Unterlage dienen könnte
 - Ergebnis: Herrenchieser-Bericht, der als Arbeitsgrundlage für das GG dient
- 08.09.1948-08.05.1949: Zusammentritt des Parlamentarischen Rates (Gremium aus Volksvertretungen der Länder)
- 08.05.1949: Schlussabstimmung und Annahme des GG mit 53:12 Stimmen
- 12.05.1949: Billigung durch die alliierten Militärgouverneure



24. MAI 1949:
INKRAFTTRETEN
DES
GRUNDGESETZ



VERFASSUNGSREFORMEN

1990: Wiedervereinigung als Ausgangspunkt für Verfassungsänderungen

- Angleichung der Rechtsordnungen der neuen und alten Bundesländer
- Änderungen in der konkurrierenden Gesetzgebung

1994: Kleine Verfassungsreform

- Änderungen in Art. 3 GG
- Art. 20a GG: Umweltschutz als Staatsziel

VERFASSUNGSREFORMEN

2006: Föderalismusreform I

- Abschaffung der Rahmengesetzgebung des Bundes (Art. 75 GG a.F.)
- Einschränkung der Zustimmungspflicht (Art. 84 Abs. I GG a.F.)
- Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes in einigen weiteren Bereichen
- Festsetzung Berlins als verfassungsrechtlich geregelte Hauptstadt (Art. 22 GG)

2009: Föderalismusreform II

- Einführung der Schuldenbremse (Art. 109, 115 GG)
- Änderungen im Bereich der Steuerverwaltung
- Verstärkung der Verwaltungszusammenarbeit im Bereich der Informationstechnik



GESETZGEBUNG

GESETZGEBUNGSZUSTÄNDIGKEITEN

- Art. 20 Abs. 1 GG: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat
- Folge: Föderalismus
 - Aufteilung in drei politische Ebenen
 - Oberste Ebene: Die Bundesrepublik
 - Mittlere Ebene: Die 16 Bundesländer
 - Unterste Ebene: Die Kommunen
 - Unabhängigkeit und eigenständiges Arbeiten der jeweiligen Ebenen



GESETZGEBUNGSORGANE

GESETZGEBUNGSZUSTÄNDIGKEITEN

Art. 30 GG: Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zuläßt.

Art. 70 Abs. I GG: Die Länder haben das Recht der Gesetzgebung, soweit dieses Grundgesetz nicht dem Bunde Gesetzgebungsbefugnisse verleiht.

AUSSCHLIEßLICHE ZUSTÄNDIGKEITEN

- Legaldefinition in Art. 71 GG
- Alleiniges Recht des Bundes, Gesetze zu erlassen
- Nur ausnahmsweise Recht der Länder auf Erlass von Gesetzen
- Aufzählung der Gesetzgebungsmaterien in Art. 73 Abs. I Nr. 1-14 GG (nicht abschließend)

KONKURRIERENDE ZUSTÄNDIGKEITEN

- Grundsatz in Art. 72 GG
- Befugnis der Länder, solange und soweit der Bund keinen Gebrauch von seiner Gesetzgebungskompetenz gemacht hat
- → Bund hat Vorrang, subsidiäre Gesetzgebung der Länder
- Katalog in Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 – 33 GG
- Einschränkung nach Maßgabe von Art. 72 Abs. 2 – 4 GG (Erforderlichkeitsklausel zum Schutz der Länder)

UNGESCHRIEBENE ZUSTÄNDIGKEITEN

Zuständigkeit aus
Annexgründen

Zuständigkeit kraft
Sachzusammenhangs

Zuständigkeit kraft
Natur der Sache